Nr. 69. XXXIII. Jahrgang. **Montags-Ausgabe.** **Berlin, 8. Februar 1904.**

Berliner Tageblatt

mit „Zeitgeist"

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Rußland.

Während man sich in den politischen Kreisen Europas noch den Kopf über den Inhalt der angeblich am Sonnabend in Tokio übergebenen Antwort Rußlands auf die japanische Note vom 14. Januar zerbrach, hat die Regierung des Mikado das Studium dieses angeblich so wenig herausfordernd gehaltenen Aktenstückes gar nicht erst angefangen. Sie hat einfach noch vor der Uebergabe der russischen Antwort ihre diplomatische Vertretung aus Petersburg abberufen. Der russische „Regierungsbote" veröffentlicht folgende Cirkulardepesche des Ministers des Aeußeren an die russischen Vertreter im Ausland vom 6. Februar:

„Im Auftrage seiner Regierung übergab der japanische Gesandte am Allerhöchsten Hofe eine Note, welche die kaiserliche Regierung von der Entscheidung Japans in Kenntnis setzt, weitere Verhandlungen einzustellen und den Gesandten und das ganze Gesandschaftspersonal aus Petersburg abzuberufen. Infolgedessen beliebte es Seiner Majestät dem Kaiser Allerhöchst zu befehlen, daß der russische Gesandte in Tokio mit dem gesamten Personal der kaiserlichen Mission unvorzüglich die Hauptstadt Japans verlasse. Eine derartige Handlungsweise der Tokioer Regierung, welche nicht einmal das Eintreffen der dieser Tage abgesandten Antwort der kaiserlichen Regierung abwartete, wälzt Japan die ganze Verantwortung für die Folgen zu, welche durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Reichen entstehen können."

Damit ist der so lang erwartete und immer wieder aufgeschobene erste Schritt zur Kriegserklärung getan. Der Krieg hat freilich damit noch nicht begonnen, denn schon häufig fand ein solcher Abbruch des diplomatischen Verkehrs zwischen zwei in Konflikt geratenen Mächten statt, ohne daß sich notwendigerweise ein Krieg daraus entwickelt hatte. Erst vor wenigen Jahren entwickelte sich zwischen der Schweiz und Italien ein ähnliches Verhältnis — aber der diplomatische Riß zog sich nach einiger Zeit und nach einem Personenwechsel in der diplomatischen Vertretung wieder zu. Schon gestern konnte man auf die Auffassung hiesiger politischer Kreise hinweisen, die selbst für den Fall eines diplomatischen Bruches an der Möglichkeit einer Aufrechterhaltung des Friedenszustandes nicht verzweifeln wollten. Auch in ihrer heutigen Morgenausgabe bläst die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." noch die Friedensschalmei:

„Sollte die Einstellung der Unterhandlungen erfolgen, so würde auch sie noch keineswegs notwendig eine Wendung der Dinge zum Kriege bedeuten, vielmehr ist es sehr wohl denkbar, daß Japan alsdann zur Ausführung gewisser Unternehmungen in Korea schreiten würde, für die die Vorbereitungen längst getroffen sind. Rußland würde sich durch solche Unternehmungen vermutlich nicht aus der seither beobachteten Reserve hinausdrängen lassen, wofern Japan seine Aktion nicht zu einem Angriff auf die Stellung Rußlands in Nordkorea und namentlich am Yaluflusse ausdehnt. Im übrigen braucht man auch bei einer solchen Entwickelung der Dinge, wie wir sie soeben skizzierten, nicht unbedingt mit großen japanischen Truppentransporten zu rechnen: in Gestalt der zahlreichen japanischen Ansiedler, Händler und Arbeiter, die in Korea ansässig sind, und die sich auf den Ruf des Heimatlandes in Korea selbst sofort zu den Waffen stellen würden, hätte Japan eine ziemlich zahlreiche Wehrmacht zur Verfügung, die unter Umständen ausreichte, Japan die angestrebte Stellung in Korea zu sichern. Selbstverständlich ist es gegenüber so hohen Spannungen, wie sie sich in Ostasien herausgebildet haben, nicht möglich, die Eventualität kriegerischer Zusammenstöße als völlig ausgeschlossen zu erachten. Doch sprechen alle Anzeichen für die Auffassung, daß eine solche Wendung, wenn sie in Wirklichkeit überhaupt eintreten sollte, nicht plötzlich Platz greifen, sondern sich langsam vollziehen würde."

Ist auch dieser Grad optimistischer Anschauungsweise ein sehr hoher, so läßt sich doch dafür anführen, daß Rußland, nachdem es den Japanern mit Fug die Rolle des Angreifers zugeschoben, immerhin bemüht zu bleiben scheint, in der Defensive zu verharren. Es wäre mithin an Japan, die Russen aufzusuchen und anzugreifen. Denn Rußland besitzt bereits alles, worauf es Anspruch erhebt, kann also den Angriff der Japaner ruhig abwarten, einen Angriff, der bei den hohen Kältegraden, die gegenwärtig in der Mandschurei herrschen — man spricht von —40 Grad Fahrenheit —, auch für die japanische Armee nicht viel verlockendes haben kann. Schon gestern war angeführt worden, in Petersburg werde man selbst einen bewaffneten Einfall der Japaner in Korea, die Besetzung der Hauptstadt Söul mit einbegriffen, nicht als Kriegserklärung betrachten und so die kampflustigen Japaner gewissermaßen zwingen, die Russen in der Mandschurei direkt aufzusuchen.

Das schließt natürlich nicht aus, daß zur See trotzdem ein Zusammenstoß erfolgt, dessen Ausgang unberechenbar bleibt. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß eine lebhafte militärisch-maritime Tätigkeit auf russischer sowohl als auch auf japanischer Seite zu verzeichnen ist, aber die Züge der eventuellen Gegner geben noch den Eindruck des Ungewissen und Unentschlossenen. Die russische Flotte, die am Donnerstag Port Arthur verließ, und zwar mit versiegelten Befehlen, ist wieder dorthin zurückgekehrt und lagert außerhalb des Hafens. Sie kann demnach nicht den Auftrag gehabt haben, einen größeren russischen Landungsversuch bei Tschemulpo zu decken. Andererseits dürfte auch die Annahme kaum stichhaltig sein, daß es den Russen darauf angekommen wäre, die japanische Flotte zu dem ersten Schuß zu reizen. Wäre dies wirklich der Fall gewesen, so hätte die Flotte nur in die Straße von Korea einzudringen brauchen, und sie würde ihren Wunsch erfüllt gesehen haben. Daß die russischen Schiffe während der ganzen Kreuzfahrt klar zum Gefecht waren, ist weiter nicht verwunderlich, denn sie mußten selbst dann, wenn es ihnen darum zu tun war, die Japaner so wenig wie möglich zu reizen, unter den obwaltenden Umständen jedenfalls auf alle Eventualitäten vorbereitet sein. Es will uns erscheinen, als wenn die Ausfahrt der russischen Flotte lediglich ein Seemanöver gewesen wäre, wie es für einen Admiral vor Ausbruch einen Krieges abzuhalten dringend wünschenswert erscheint, umsomehr, wenn sich seine Flotte aus Schiffen zusammensetzt, die innerhalb der einzelnen Schiffsklassen an Typ und Geschwindigkeit so verschieden sind wie die Schiffe der Port Arthur-Flotte.

Selbst wenn es sich aber nicht lediglich um ein unter den augenblicklichen Umständen freilich recht ernstes Manöver gehandelt hätte, brauchte man doch nicht nach dem Grunde der Rückkehr der Flotte nach Port Arthur zu weit zu suchen. Die Nachricht, daß das Gros der japanischen Kriegsflotte bei Wei-Hai-Wei liegt, erklärt alles.

Wenn auch Port Arthur einem Flottenhandstreich gewachsen sein dürfte, wird man es doch russischerseits einem überraschendem Angriff von angeblich 60 japanischen Kriegsschiffen aller Art nicht auszusetzen wünschen, ohne auch zur See einem derartigen Massenangriff in energischer Weise entgegenzutreten. Die Kriegsgeschichte ist reich an Ueberraschungen. Sie lehrt, daß oft für uneinnehmbar gehaltene Festungen in lächerlich kurzer Zeit erliegen, während einfache Landstädtchen, von einem schwachen Gegner durch verstreute Schützengräben befestigt, sich in kürzester Frist unter dem Feuer des Feindes zu formidabeln Festungen entwickelten. Mit der Uneinnehmbarkeit einer Festung, und sei es selbst einer Festung wie Port Arthur, wird daher ein vorsichtiger Kriegslenker niemals rechnen, sondern diese Uneinnehmbarkeit durch alle zur Verfügung stehenden Kampfmittel zu erhöhen bemüht sein.

Jedenfalls dürfte eine russische Demonstration vor dem koreanischen Hafen Tschemulpo, die der russische Gesandte in Söul angedroht haben soll, solange nicht in Frage kommen, als sich eine japanische Flotte von der angegebenen Stärke in Wei-Hai-Wei befindet. Freilich ist keineswegs ausgeschlossen, daß diese Meldung von der Sammlung der japanischen Kriegsschiffe bei Wei-Hai-Wei eine von Japan verbreitete Nachricht ist, die vielleicht lediglich den Zweck hatte, die russische Flotte wieder nach Port Arthur zurückzulenken. Die Zukunft kann natürlich erst darüber Aufschluß geben, welche der beiden Annahmen die zutreffende war.

Die Abreise des japanischen Gesandten.

Die japanische Gesandtschaft wird heute früh von Petersburg nach Berlin abreisen. Die englische Botschaft hat die Vertretung der japanischen Interessen übernommen. Kaiser Nikolaus wird sich demnächst nach Moskau begeben.

Wer trägt die Schuld?

Wie immer, wenn ein Zwiespalt zwischen zwei Staaten entsteht, sucht jeder der Beteiligten den Nachweis seiner Unschuld zu führen und den Gegner in ein möglich schlechtes Licht zu setzen. Auch diesmal weichen Rußland und Japan von dieser Gepflogenheit nicht ab. Der russische Standpunkt wird in einem Extrablatt der „Nowoje Wremja" gegeben, das der offiziöse Telegraph verbreitet. Es führt folgendes aus:

Drei Monate bemühte sich die russische Diplomatie, die japanischen Vorschläge friedliebend zu prüfen und alle möglichen Zugeständnisse zu machen, welche zulässig sind, ohne die Würde Ruß-

---

Parlament, Parteien und Regierung in Japan.

Von

Kiroku Hayashi (Paris).*)

Das japanische Parlament kann noch auf keine lange Lebensdauer zurückblicken, ist vielmehr eine recht jugendliche Institution. Deshalb konnten böswillige oder schlecht unterrichtete Kenner der einschlägigen Verhältnisse behaupten, es stehe noch in den Kinderschuhen. Das Parlament wurde nämlich erst vor 14 Jahren — im Jahre 1890 — begründet. Doch schon lange vor dieser Zeit war es das sichtliche Bestreben der Staatsmänner der Restauration, im Einklange mit der öffentlichen Meinung zu regieren und im Einverständnis mit dieser zu wirken und zu schaffen.

Als der jetzt regierende Kaiser im Jahre 1867 den Thron seiner Väter bestieg und den Schwur auf die Verfassung leistete, fiel in dieser Eidesformel allgemein der Satz auf, der gleichzeitig als eine Verheißung späterer Reformen mit allgemeiner Freude begrüßt wurde: „Wir geloben und schwören, im Einklange mit der öffentlichen Meinung und gemäß den Volksbestimmungen regieren zu wollen." In diesem, in dem feierlichen Moment der Thronbesteigung gegebenen Versprechen lag der Keim und die Grundlage der Volksvertretung, des Parlaments, wie es heute in Japan zu finden ist.

Die ersten Anfänge stammen aus dem Jahre 1869, als das Werk der Restauration kaum beendet war; schon damals bildete sich eine Art von Parlament, das aus 276 Mitgliedern bestand. Sämtliche Mitglieder gehörten dem Erbadel an und wurden aus allen Hans (Feudalbezirken) Japans nach Tokio gesandt, um dort über die Fragen des Landes zu beratschlagen. Doch diese Versammlung war von vornherein reaktionär; sie zeigte den beabsichtigten Reformen nicht das geringste Entgegenkommen, stellte sich ihnen im Gegenteil durchaus feindselig gegenüber und mußte infolgedessen aufgelöst werden.

Es vergingen einige Jahre, und erst nach dem endgültigen Sturze des Feudal- und Militärregimes wurde im Jahr 1872 ein Senat geschaffen, der aber ausschließlich aus Beamten bestand. Auch dieses Parlament hatte keine lange Lebensdauer, denn schon einige Jahre später berief man nach Tokio ein neues Parlament, das sich ebenfalls aus Beamten zusammensetzte und sich in erster Reihe mit Gesetzen über die Veranstaltungen von Volks- und Provinzialversammlungen beschäftigte. Diese Gesetze wurden 1879 praktisch durchgeführt, und der erste Schritt zur Schaffung eines Volksparlaments, das tatsächlich ein Abbild und einen Spiegel der öffentlichen Meinung liefern sollte, war getan.

Doch das waren nur die Anfänge, und man wollte mehr. In allen Kreisen wurde eifrig für die Schaffung einer wirklichen Volksvertretung agitiert, und die Bewegung nahm eine solche Ausdehnung an, daß ein königliches Reskript vom Oktober 1881 die Schaffung einer solchen in Aussicht stellte. Die Ausführung ließ etwas lange auf sich warten, denn erst 1890 wurde der allgemeine Wunsch des Volkes erfüllt. Ueber acht Jahre hatte man sich damit beschäftigt, eine neue Verfassung des japanischen Reiches zu schaffen, und der tatkräftigen Initiative des Marquis Ito ist es zu danken, daß die Aufgabe in zufriedenstellender Weise gelöst wurde. Die neue Verfassung und mit ihr das Wahlgesetz wurden am 11. Februar 1889 bekannt gegeben; fast zwei Jahre später fand die offizielle Eröffnung des Parlaments statt, am 11. November 1890.

Das japanische Parlament besteht aus zwei Kammern: aus der Adelskammer und aus der Repräsentantenkammer. Die Adelskammer setzt sich aus den Mitgliedern der kaiserlichen Familie, aus den Angehörigen des hohen Adels, aus den vom Kaiser selbst auf Grund ihres Wissens oder ihrer dem Lande geleisteten Dienste berufenen Persönlichkeiten und schließlich aus den Vertretern, die von den fünfzehn bedeutendsten Steuerzahlern eines jeden Departements gewählt werden, zusammen. Die Mitglieder der beiden letzteren Kategorien bilden ungefähr die Hälfte der Gesamtzahl, nämlich 155 von 325. Die Gesamtzahl ist nicht bestimmt, und dem Kaiser steht stets das Recht zu, ein neues Mitglied zu ernennen. Das Eigentümliche der Adelskammer liegt darin, daß man mehrere kleine politische Gruppen, aber keine politische Parteien vorfindet. Die Kammer steht fast stets auf Seiten der Regierung und unterstützt deren Gesetzesvorschläge.

Weit interessanter ist die andere Kammer, die sozusagen den Volkswillen repräsentiert.

Das Wahlgesetz, das für die Repräsentantenkammer ungültig ist, wurde im Jahre 1900 einer durchgreifenden Reform unterzogen, und das Stimmrecht, das früher jedem zustand, der eine direkte Steuer von 15 Yen (dreißig Mark) bezahlte, wird jetzt einem jeden bewilligt, der zu einem Satze von 10 Yen (zwanzig Mark) veranlagt ist; außerdem muß der Betreffende 25 Jahre zählen. Zur Wählbarkeit war früher die Veranlagung zu demselben Steuersatze, die beim Stimmrecht in Frage kommt, erforderlich, während unter dem neuen Gesetze nur das Alter ausschlaggebend ist, das allerdings 30 Jahre betragen muß. Infolge dieser Reform hat die Ausübung des Wahlrechts in den letzten zehn Jahren ganz erheblich zugenommen. Eine andere, nicht weniger wichtige Verbesserung ist die Vermehrung der Vertreter der einzelnen Städte, deren Bedeutung in den letzten Jahre dank den wunderbaren Fortschritten des Handels und der Industrie einen ganz hervorragenden Aufschwung genommen hat. Die Gesamtzahl der Volksvertreter, die früher 300 betrug, hat sich jetzt auf 376 vermehrt, und jedes Mitglied der Versammlung erhält ein Gehalt von 2000 Yen (4000 Mark).

Vor einigen Jahren nahmen die Vertreter der Provinzinteressen und der Landwirtschaft eine dominierende Stellung ein, doch mit der veränderten wirtschaftlichen Lage Japans und mit dem immer stärker werdenden Aufschwung der Städte, des Handels und der Industrie haben die Vertreter dieser Kreise einen immer größer werdenden Einfluß in der Kammer gewonnen; die Deputierten der Provinzen haben ihre Meinung in den letzten Jahren vielfach der der anderen unterordnen müssen. Ganz besonders gilt das von der Herabsetzung der ländlichen Steuern, die in den ersten Kammersitzungen so leidenschaftlich diskutiert wurden, — eine Frage, über die man sich selbst heute noch nicht recht geeinigt hat.

Die Partei der Agrarier und die Partei des Handels und der Industrie stehen sich deshalb auch in Japan scheinbar am schroffsten gegenüber. In Wirklichkeit liegt die Sache nicht ganz so, denn die politischen Parteien Japans vertreten weder bestimmte Interessen, noch genau abgegrenzte politische Ideen. Der Vertreter der einen oder der anderen Interessenfrage schließt sich häufig auch andere Parteien an, und wer einer Partei angehört, braucht deshalb nicht notgedrungen mit den Anschauungen einer anderen Partei in scharfem Widerspruch zu stehen. Es gibt bei uns weder eine äußerste Rechte, noch eine äußerste Linke. Der heftige Interessenkampf tritt eben in Japan nicht allzu grell in die Erscheinung; mehr oder weniger ist hier jeder für Fortschritt und Reformen. Der Seiyukai, deren Chef früher der Marquis Ito war, und als deren

---

*) Bei dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Japan dürfte der hier veröffentlichte Artikel über das Parlament und die politischen Parteien in Japan für unsere Leser Interesse haben. Sein Verfasser steht der japanischen Gesandtschaft in Paris nahe und hat den Aufsatz, der die früher im politischen Teil unseres Blattes gebrachten Mitteilungen über den „Rat der Alten" in Japan ergänzt, auf unser Ersuchen für das Berliner Tageblatt geschrieben.